

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2.50 M., vierteljährlich 7.50 M., durch die Post 4.70 M. bezogen. Belegblätter werden besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Wiedererlangung der Zeitung oder Ersatzleistung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Rikolastr. 11. Fernruf Nr. 1015 und 1016. — Anzeigenpreis: Die 24 mal breite Zeile 60 Pf., die 22 mal breite Zeile 50 Pf.; außerorts: 75 Pf. bezogen, 4. — M. Ausland 2. — bezogen. — M. Adressat 11. Tarif, Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 347

Mittwoch, 28. Juli 1920.

74. Jahrgang

Kann man nach Rußland auswandern?

In der deutschen Technik- und Arbeiterschaft, wie wir aus Anfragen erfahren haben, auch in unserer Verbreitungsbezirk, wird jetzt von kommunistischer Seite eine durchaus nicht erfolgreiche Propaganda für die Auswanderung nach Rußland gemacht. Auf unser Ersuchen äußert sich darüber das Reichswanderungsamt mit folgenden Bemerkungen:

„Es ist richtig, daß Sowjetrußland Ingenieure, Techniker, Handwerker und gelehrte Industriearbeiter braucht; es kann sie jedoch erst dann beschäftigen, wenn die nahezu gänzlich verfallenen russischen Industriebetriebe mit den allermodernsten Maschinen, Maschineneinrichtungen, Werkzeugen, Chemikalien usw. beliefert werden. Noch nötiger braucht Rußland technische Kräfte für die Wiederherstellung des völlig zusammengebrochenen Eisenbahnwesens, aber auch hier fehlt es an allem. Rußland will daher erst Lokomotiven, Eisenbahnwagen und sonstiges Eisenbahnmateriale, ferner Ausrüstungen für die Eisenbahnwerkstätten usw. haben, denn bevor nicht die inneren Transportverhältnisse behoben sind, kann es weder die eigene Industrie noch das Ausland mit Rohstoffen versorgen. Andererseits ist sowohl die deutsche Industrie als auch diejenige anderer Länder, mit Ausnahme vielleicht von Amerika (das die Lieferung von tausend Lokomotiven übernommen haben soll), nicht in der Lage, Maschinen und dergleichen Industriegeräte nach Rußland abzugeben, solange letzteres höchstens Gold oder Platin, aber keine Rohstoffe anbieten kann.“

Für Baubeamte sowie für Kaufleute sind die Aussichten weniger günstig, da der Handel vorwiegend von den bäuerlichen Wirtschaftsgenossenschaften beherrscht werden wird. Eine landwirtschaftliche Auswanderung wird in absehbarer Zeit ebenfalls nicht in Frage kommen können, da die landwirtschaftliche russische Bauernschaft, die in Sowjetrußland das Wort führt, von der Abgabe von Ländereien an Ausländer nichts wissen will.

Nicht weniger schwierig ist die Frage des Transportes nach und von Sowjetrußland. Für den Wasserweg nach Petersburg oder Odessa fehlt es sowohl Deutschland wie Rußland an dem notwendigen Schiffsraum, während der Landweg über die östlichen Randstaaten führt, die sich gegen die Errichtung einer Transportverbindung zwischen Deutschland und Rußland auszeichnen.

Bis es gelingt, alle diese Fragen zu klären, dürfte noch geraume Zeit verstreichen. Jedenfalls kann von einer Auswanderungsmöglichkeit nach Rußland einstweilen noch nicht gesprochen werden, zumal es im Hinblick auf die ablehnende Haltung der östlichen Randstaaten und auch Rumäniens keine Einzelermittlung dorthin gibt. Außerdem liegen die Verhältnisse in Sowjetrußland derzeit ungünstig (keine Zufuhr von Lebensmitteln zu den Städten und Industriestellen, daher eine all unsere Begriffe übersteigende Armut, auch an Bedarfsartikeln jeder Art, Fieberkrankheiten, Typhus, Cholera, Pocken und Malaria, während es an Ärzten, und vor allem an Arzneimittel fehlt, so daß die meisten Kranke sich nicht einmal selbst vor diesen Krankheiten schützen können —, das Bandenwesen nimmt eher zu als ab, dazu Bauernunruhen und Revolutionen ohne Ende), daß es keinem friedliebenden, arbeitstüchtigen Menschen angemeßen, geschweige denn angetan werden kann, auf etwaige Arbeitsangebote der russischen Sowjetregierung einzugehen, solange diese nicht wenigstens die angemessene Unterbringung in nicht verfallenen Häusern und ärztliche Versorgung, ferner Schutz gegen Verhaftungen auf Leben und Eigentum und für Freiheit der Betätigung tatsächlich bieten kann.

Eisenbahntechnikern, Maschinenschlossern usw. wird ein Tageslohn von 150 Rubel Papiergeld versprochen, bei Belieferung mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen auf Karten. Letztere sind jedoch wertlos, da es keine nennenswerten staatlichen Vorräte gibt, während im Schleichhandel zum Beispiel ein Pfund (ein russisches Pfund gleich 402 Gramm) Brot bis 60 Rubel, für einen Dering bis 600 Rubel, für ein Pfund Fleisch bis 2500 Rubel und für ein Pfund Butter bis 3500 Rubel und mehr bezahlt werden müssen.

Wenn die Sowjetregierung ihren Beamten Gehälter bis 50 000 Rubel monatlich und darüber hinaus zahlt und zahlen muß, so beweist das zur Genüge, welche Summen zur Befriedigung des Lebensunterhalts notwendig sind, weil eben das Papiergeld so gut wie gar keinen Wert mehr hat. Ein Arzt nimmt von seinen Patienten kein Geld an, er muß ihnen Lebensmittel bringen. Der Bauer will wiederum keine Lebensmittel für Geld hergeben, sondern Bedarfsgegenstände (Nägel, Schrauben, Messer landwirtschaftliche Geräte usw.) dafür haben, die er ebenfalls für Geld nicht bekommen kann.“

Spa und die französische Deputiertenkammer.

Paris, 27. Juli. Die beiden Unterkommissionen des Finanzministeriums und des Meubres, die mit der Überwachung der Ausführung des Friedensvertrages betraut sind, haben gestern Nachmittag den Ministerpräsidenten anwesend, mit dem sie eine lange Unterredung hatten. Infolge dieses Meinungsaustausches haben die beiden Unterkommissionen die Notwendigkeit anerkannt, den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, durch den das Protokoll von Spa ratifiziert werden soll, in der Kammer vor den Ferien zur Sprache zu bringen.

Die Genfer Konferenz.

Nach einer amtlichen Londoner Meldung wird die englische Regierung auf der Konferenz in Genf, wo mit den deutschen Delegierten die Frage der Wiederannahme der Verträge verhandelt wird, durch Chamberlain, Northington und Coombs vertreten sein.

Peking eingeschlossen.

Mz. London, 26. Juli.

Die „Times“ meldet aus Peking: Die Stadt Peking befindet sich wieder in großer Anspannung. Die Stadttore sind geschlossen und mit starken Wachen besetzt. Die Truppen der Aufständischen schließen die Stadt ein und umzingeln ihre letzten Widerstandspunkte. Bis jetzt fanden noch keine Verhandlungen statt, doch verlautet, daß die Angreifer die Stadt noch nicht betreten haben.

Die Griechen in Adrianopel.

Griechischer Generalstabsbericht.

Athen, 24. Juli.

Der Feind befindet sich in völliger Auflösung. Er wird verfolgt, wirft die Waffen weg und läßt alles auf seiner Flucht im Stich. Adrianopel wurde heute besetzt. Heute wird der König in Begleitung des Oberkommissars, des Oberbefehlshabers und seines Stabes in die Stadt einziehen.

Eine weitere Meldung besagt: Die Landungstruppe steht ihren schnellen Vormarsch auf der Straße Baba-Adrianopel fort und wird die Verbindung mit der thrakischen Armee herstellen. Der geflohenen Feind befindet sich auf der Flucht, wirft die Waffen weg und läßt sein Material im Stich. Wir haben eine reiche Beute zu verzeichnen, unter der sich Geschütze, Gewehre und Kriegsmaterial befinden. Adrianopel hat sich ergeben. Die Operationen gegen die Streitkräfte Tatars, die am 7. Juli begonnen haben mit der Landung in Rodosto, können bereits nach fünf Tagen als beendet betrachtet werden. Das Vorgehen der thrakischen Armee und der Landungskolonnen von Rodosto ist vollkommen gesichert und die Kolonne an den durch den Operationsplan vorgesehenen Tagen eingetroffen.

„Keine internationale Aktion der Bergleute zu erwarten.“

Duisburg, 27. Juli.

Aus Gewerkschaftskreisen der Ruhrbergleute war an das Internationale Gewerkschaftsbureau die Anfrage gerichtet worden, wie sich die Bergarbeiter der anderen Länder zu einer Aktion gegen die vom Verband geforderten Mehrleistungen im Ruhrkohlenbergbau stellen würden. Die Antwort lautete dahin, daß vom Internationalen Gewerkschaftsbureau die Angelegenheit nicht mit Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden könne. Nach den vernommenen Mitteilungen müsse von vornherein davon abgesehen werden, eine internationale Aktion der Bergleute zu erwarten, um ihren deutschen Berufsgenossen zu helfen, gegen den Verband davon zu überzeugen, daß die Mehrleistung der Ruhrbergleute nicht erwartet werden dürfe. Dies gelte besonders von allen gemäßigten Arbeiterorganisationen Deutschlands, Frankreichs und Belgiens mit Einschluß der gemäßigten Sozialisten. In England seien die Arbeiterorganisationen weniger geneigt, für ihre deutschen Kameraden schon jetzt in die Schanz zu treten, besonders nicht in der Kohlenfrage, die bezüglich der Kohlenveräußerung für den Verband seit im Ruhrgebiet eine drängende geworden sei. In radikalen Arbeiterkreisen denke man allerdings darüber anders. Von den Führern des Arbeiterbündnisses im Ruhrgebiet werde versichert, daß die französischen Unabhängigen sich bereit finden würden, den Kampf zu unterstützen, wenn die Derogation der Arbeitszeit im Bergbau irgendwie in Gefahr gerate. Die politischen Kreise der unabhängigen Sozialisten, welche die internationalen Beziehungen pflegen, hätten sich in der Angelegenheit bereits miteinander in Verbindung gesetzt.

Die englischen Bergarbeiter.

Mz. London, 27. Juli.

Die Regierung hat das Verlangen der Bergarbeiter um Erhöhung des Wochenlohnes um 2 Schilling und die Derogation des Kohlenpreises um 1 Schilling für die Tonne abgelehnt.

Aus Irland.

Mz. London, 27. Juli.

Bei Derrah in der Grafschaft Derry wurden zwei Rattenwächter erschossen. In Rimerick wurden drei Gendarmen durch Schüsse verwundet.

Ein internationaler katholischer Volksbund.

Rom, 26. Juli.

Vor dem Ausbruch zur Begründung des Internationalen christlichen Volksbundes, der sich vor kurzem hier gebildet hat, erläuterte der Deputierte Cavalloni Bericht über seine kürzliche Reise im Ausland. Der Gedanke eines internationalen christlichen Volksbundes, der zuerst allein von ihm, dann in Gemeinschaft mit den Delegierten von Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, der Schweiz, Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn und Deutschland vorgebracht worden sei, fand die günstigste Aufnahme. Es gelang Cavalloni, mit Politikern in Holland, Belgien und Deutschland Verbindungen herzustellen. Diese Arbeit werde nächstens auf einer Reise durch Österreich, Ungarn, Spanien und Portugal vervollständigt werden. Der Ausbruch beschloß, der Vorstand der christlichen Volkspartei solle die erste Versammlung zusammenrufen, nachdem er weitere Ankündigungen erhalten hat. Die Zeitschrift des Bundes wird in italienischer, französischer und deutscher Sprache herausgegeben werden.

Zur Lösung der östlichen Frage. Internationale Konferenz?

Paris, 27. Juli. (Havas.)

Auf Verlangen Lloyd Georges wird Mitterand mit dem britischen Minister in Boulogne zusammentreffen. In offiziellen Kreisen wird die strengste Verschwiegenheit betreffs der Zusammenkunft gewahrt. Man kann aber annehmen, daß der Vorschlag der Sowjetregierung, mit den hauptsächlichsten alliierten Mächten an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, der Grund ist. Mitterand hat nach Verhandlung der britischen Regierung wahrscheinlich für diese Verhandlungen Bedingungen gestellt. Er möchte die Verhandlung einerseits von der Anerkennung der von den früheren russischen Regierungen übernommenen Verpflichtungen abhängig machen und andererseits von der Bestätigung der Macht der Sowjetregierung durch eine Volksabstimmung. Es erscheint außerdem nicht wahrscheinlich, daß Mitterand plötzlich General Traugott im Stiche läßt und ihn den Bolschewiken überläßt, die seine vorbereitenden Unterwerfung verlangen. Außerdem erscheint es in Frankreich wünschenswert, daß die Vereinten Staaten auf dieser Konferenz vertreten seien, deren Widerstand die Grenzen Europas überschreiten wird. Der Ministerpräsident würde sich nicht weigern, an den Verhandlungen teilzunehmen, und man kann wohl annehmen, daß dies der Sinn der Bemerkungen ist, die er nach London gehen ließ. Nach der Rückkehr Mitterands heute Abend wird ein Ministerrat stattfinden, in welchem Mitterand seine Kollegen unterrichten und ihnen in aller Offenheit mitteilen wird, daß Lloyd George die Zusammenkunft in Boulogne hervorrief.

Deutschland als interessierte Macht.

Wie der „Petit Parisien“ meldet, sei auch die Frage zu erörtern, ob Deutschland als eine Macht angesehen werden müsse, die an der Lösung der östlichen Frage direkt interessiert sei und deshalb zur Friedenskonferenz der östlichen Randstaaten nach London eingeladen werden müsse. Das Blatt schreibt weiter, daß die englische liberale und die sozialistische Partei und, wie man hört, die englische Regierung geneigt seien, diese Frage in bejahendem Sinne zu beantworten.

Das gleiche Blatt wirft weiter die Frage auf, ob es wahr sei, daß in Spa von dem polnischen Ministerpräsidenten die Zustimmung verlangt worden sei, in etwaige Änderungen der Friedensvertragsklauseln einzustimmen.

Litauisches Ultimatum?

Mz. Paris, 27. Juli.

Einer Warschauer Havasmeldung zufolge hat die litauische Regierung an die Sowjetregierung ein Ultimatum gerichtet, in welchem sie verlangt, daß die russischen roten Truppen sofort litauisches Gebiet zu räumen hätten.

Der angehaltene polnische Zug.

Berlin, 26. Juli. Amtliche Nachrichten bestätigen, daß ein augenblicklich mit Kriegsmaterial nach Polen bestimmter Zug, aus Koblenz kommend, in Marburg angehalten worden ist. Es handelt sich offenbar um einen sogenannten „Polonia-Zug“, das heißt um einen der 155 Züge, die auf Grund des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens vom 22. Oktober 1919 zum Teil mit militärischen Gütern, zum Teil mit Gütern für die Zivilbevölkerung durch Deutschland durchgeführt werden. Die Eisenbahndirektionen haben bereits vor dem Vorrück telegraphische Anweisungen erhalten, derartige Züge nicht mehr anzuhalten; doch scheint dieser Zug beim Eintreffen dieser Anweisung bereits auf deutschem Gebiet gewesen zu sein.

Jagd auf einen russischen Dampfer.

Mz. London, 26. Juli.

Nach einer Meldung aus San Francisco brachten Zollbeamte mit einem Motorboot nach einer Jagd von zehn Meilen in der Bucht von San Francisco das von einem bolschewistischen Kapitän befehligte russische Transportschiff „Rambou“ auf, dessen Besatz von verschiedenen russischen Parteien beansprucht wird. Die Verfolgung des Schiffes war auf Vorhaltungen der hiesigen sogenannten Krenschilow-Gruppe aufgenommen worden.

Kundgebung der deutschen Studenten.

Der am 27. in Göttingen tagende zweite Deutsche Studententag erließ folgende Erklärung: „Aus Anlaß der Beteiligung der Marburger Studenten an der Bekämpfung der Unruhen in Thüringen sind gegen die Marburger und die gesamte deutsche Studentenschaft in der Öffentlichkeit die heftigsten Anklagen erhoben worden. Der zweite Deutsche Studententag weist alle auf die Gesamtheit der Marburger und der deutschen Studentenschaft gerichteten Anklagen mit Entschiedenheit zurück. Insbesondere legt der Studententag aufs schärfste Verwahrung dagegen ein, daß auch von Seiten des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung derartige Anklagen in unverantwortlicher Weise erhoben worden sind, obwohl er durch sein Amt verpflichtet gewesen wäre, die Studentenschaft gegen unberechtigte Anklagen zu schützen. Der Vorstand der deutschen Studentenschaft hatte darauf verzichten müssen, zu den Angriffen gegen die Marburger Zeitfreiwilligen Stellung zu nehmen in der Erkenntnis, daß es einem Akademiker nicht ziemt, in ein schwebendes Gerichtsverfahren einzutreten. Der Studententag erwartet, daß in Zukunft alles vermieden wird, was das Vertrauen und die Achtung gegenüber den amtlichen Stellen erschüttern muß und was geeignet ist, die Klassenverhältnisse noch weiter zu verschärfen.“

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 28. Juli.

Die Erwerbslosen-Frage.

In allen Städten nimmt die Frage der Versorgung der ständig wachsenden Zahl der Erwerbslosen einen breiten Raum der öffentlichen Erörterungen ein. Vorschläge über Vorschläge tauchen auf, um Zustände aus der Welt zu schaffen, die nicht nur bedauerlich, sondern auf die Dauer unhaltbar sind. In normalen Zeiten sucht der arbeitslos Gewordene durch Annahme irgend einer Arbeit zu irgend einem einigermaßen der Leistung entsprechenden Lohne seinen Lebensunterhalt zu fristen. Heute stehen diesem Vorhaben nicht nur die Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung überhand, sondern die durch Tarife, Organisationen usw. geschaffenen Zwangslagen entgegen. Man besteht auf den tarifmäßig festgesetzten Löhnen und können sie nicht mehr von den Unternehmern aufgebracht werden, verzichten die Besten auf die Gasse von Angehörten, schließen sie sich, wie es in Danzowertkreisen vielfach geschehen ist, zusammen, um sich gegenseitig unter Ausnutzung der neueren Angehörten in der beruflichen Arbeit zu helfen, so treten Entlassungen ein, die das Meer der Erwerbslosen vergrößern. Es liegt nahe, daß demgegenüber die Anschauung vertreten wird, die Arbeiter- und Angestellten-Organisationen sollten von den hohen Lohnsätzen in Anbetracht der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage Abstand nehmen und ihren Mitgliedern empfehlen, lieber weniger Arbeit für weniger Lohn zu leisten, als Grundrissen zuliebe an Forderungen zu bestehen, die zur Zeit nicht erfüllt werden können. In vielen Industrieorten hat man sich zu dieser Ansicht bekehrt, die jedoch immer dann nicht als die richtige anerkannt wird, wo die in Frage kommenden Arbeitnehmer sich sagen, daß sie die Höhe der Erwerbslosenunterstützung vorziehen, wenn sie nicht viel geringer als die für Arbeitsleistungen zu zahlende Entlohnung sind. Andererseits sind die trotz größter Notlage der staatlichen und kommunalen Betriebe von diesen gezahlten hohen Löhne und Gehälter natürlich die Ursache, daß die Privatangehörten und Arbeiter, die sich ihnen gegenüber an sich schon hart benachteiligt fühlen, auf ihrer oft viel geringeren Entlohnung glauben, unbedingt bestehen zu müssen. Unter ganzem Erwerbs- und Wirtschaftsleben ist eben zur Zeit von so vielen Widerständen erfüllt, deren Ursachen in der Konkurrenz der staatlichen und kommunalen Betriebe, der Geldentwertung, der Zwangswirtschaft und der durch sie bedingten Entwertung und Teuerung zu suchen sind, daß die Lösung aller mit ihm verbundenen Probleme nicht zwangsweise erfolgen kann. Auch das Erwerbslosenproblem kann — so wünschenswert es wäre — nicht durch Verfügungen aus der Welt geschafft werden, am wenigsten durch solche von Lokalbehörden. Wiesbaden hat für die Erwerbslosen außerordentlich viel getan, so viel, daß die Mainger Erwerbslosen die Leistungen Wiesbadens als Muster hinstellen. Am Juli v. J. wurde den Erwerbslosen, wie der Magistrat uns schreibt, die Differenz zwischen den hier gezahlten Sätzen und den reichsweit vorgeschriebenen Sätzen ab 1. April nachgezahlt und erhielten sie trotz Gewährung der Höchstätze noch die in diesen nicht vorgesehene Mietbeihilfe von April bis Dezember v. J. Außerdem wurde den Erwerbslosen für die Zeit vom 1. Juli bis 31. 12. v. J. 50% der Unterstützung als außerordentliche Beihilfe ausbezahlt. Im März d. J. erhielten sie während der Dauer von 14 Tagen ihren doppelten Unterstützungssatz als Beihilfe. Die auswärts beschäftigten Arbeiter erhielten vom Oktober v. J. bis Mai d. J. außer dem verdienten Lohn bis zu dem Zeitpunkt, wo die Regierung die vom Magistrat getroffenen Maßnahmen als gesetzlich unzulässig unterlag, hat, aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge die Familienzuschläge und Wochenlohnarten vergütet. Trotzdem durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 15. 1. 20 die Kriegsbeschädigten- und sonstigen Renten zu 2% auf die Unterstützung angerechnet werden mußten, hat der Ausschuss für Erwerbslosenfürsorge beschlossen, hier nur die Hälfte der Renten bei der Unterstützung in Anrechnung zu bringen. In Würdigung der augenblicklich schlechten Wirtschaftslage hat der Magistrat den Erwerbslosen am 14. Jd. Mts. einen einmaligen Vorschuss von 10. M. — und am 21. Jd. Mts. 25% der jedem Erwerbslosen zustehenden Unterstützung als außerordentliche Beihilfe bis auf Weiteres bewilligt.

Außerdem hat der Magistrat im März d. J. die den Reichs- und Staatsbeamten im Ausmaß gestellte Befehlungsanfrage für die Wiesbadener Erwerbslosen beantragt und die Erhöhung der Unterstützungssätze für ledige Erwerbslose auf den ortsüblichen Tagelohn gefordert, was der ständige Minister ablehnte. Unersetzbar bleibt das der Minister der diesen Antrag ablehnte, mehr Sinn für die Wirklichkeit gehabt als der Wiesbadener Magistrat. Bei allem ganz selbstverständlichen

Erlesenes.

Der Weise wird sich mit Geschäften nur soweit abgeben, als sie ihm einen genügenden Lebensunterhalt sichern und wird sich dann der Allgemeinheit widmen, wie für das Wohl anderer arbeiten, insbesondere das seiner Vaterstadt. Es ist mir immer eine große Freude gewesen, wenn ich fand, daß an der Spitze von Kommunen Leute standen, die sich vor untern auf emporgearbeitet haben. Diese leben ein wirklich verdienstvolles Leben, denn sie suchen ein kleines Fleckchen Erde ein bißchen besser zu machen, als sie es vorgefunden haben. Um diese Verdienste kann so mancher Millionär solche Leute beneiden, mehr noch um ihr persönliches Glück und ihre Befriedigung.

Aus: A. Carnegie: „Das Evangelium des Erfolges“.

Mitgefühl für jeden unschuldig in Not geratenen Volksgenossen und bei aller Anerkennung der Notwendigkeit einer staatlichen Unterstützung dieser Erwerbslosen, darf doch nicht vergessen werden, daß immer ein Teil unter ihnen sein wird, der die Erwerbslosigkeit, wenn sie bezahlt wird, der Arbeit vorzieht, besonders wenn kein Unterschied zwischen dem Tagelohn eines Arbeiters und der Unterstützung ist. Auf solche Weise schafft man die Erwerbslosigkeit, deren Kosten doch eine ungeheure Belastung des Steuerzahlers bedeuten, nicht aus der Welt. Arbeitsbeschaffung auf jede nur denkbare Weise ist die einzige Möglichkeit zur Lösung der Frage. Wer wirklich arbeiten will und erwerbslos ist, wird nicht fragen, ob die ihm gebotene Arbeit seinen Neigungen entspricht — denn seine Arbeit schändet den, der sie leistet. Zu dieser Arbeitsbeschaffung gehört auch die Freimachung von Stellen, die heute noch in den Händen von Hilfskräften sind, die den Verdienst nicht „nützlich“ haben! Gehört auch die Bereitstellung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft, der heute noch russische Kriegsgefangenen zuweisen werden müssen, weil es an Hilfskräften fehlt. Gehört im übrigen ein Zusammenarbeiten und ein Austausch aller Erwerbslosenämter eines größeren Bezirkes. Es geht nicht an, daß ein Ort den Erwerbslosen so viele Vergünstigungen schafft wie nur möglich sind, während der andere sich streng an die gesetzlichen Bestimmungen hält. Nicht man die verschiedenen Verhältnisse, so muß man zu dem Schluss kommen, daß die Städte geradezu in einen Konkurrenzkampf bezwungen der Behandlung ihrer Erwerbslosen getreten sind. Daß dies kein Zustand ist, der zum Ziele, d. h. zur positiven Arbeit führt, ist gewiß.

Es wäre interessant, zu erfahren, was der Magistrat auf Grund der verschiedenen Verhältnisse einschließlich der staatlichen Unterstützung für den einzelnen Erwerbslosen anwendet hat. Und es wäre gut, wenn den an sich verständlichen, aber im Interesse des Gemeinwohls nicht zu bewilligenden Forderungen die Einkünfte entgegengehalten würden, die ein großer Teil der kleinen Leute (Rentner, Pensionäre, Angestellte usw.) zur Bekleidung ihres Lebensunterhalts zur Verfügung haben. Eine Pensionärin des früheren Hoftheaters, die eine jahrzehntelange Tätigkeit im Dienste dieses Instituts hinter sich hat, schreibt uns u. a.: „50% besondere Zulagen wie die Staatspensionäre erhalten wir nicht. Seit der habe ich mich durch den Verkauf von Teppich, Nähmaschine, Stühlen, Tischen usw. vor dem Hungertod bewahrt, da ich sehr alt bin, nur 550 M. Pension jährlich beziehe und niemanden habe. Meine Kohlenkarten mußte ich verfallen lassen. Ich leide an Rheumatismus und lebe mit Grauen dem Winter entgegen. Das Schlimmste ist an der Sache, daß die Klagen und Bittgesuchen bei uns um Besuche machen und nicht allein große Summen nachbezahlt bekommen, sondern auch große Pensionen erhalten. Anstatt daß jedem, auch dem Armen, ein paar hundert Mark geholfen wurde. Die paar Mark, die ich bekomme, reichen noch nicht für die Verteilungssache. Bald habe ich nichts mehr als Bett, Tisch und Stuhl und der Magistrat hat nur eine Antwort: „Ich soll meine Kohlenkarten nicht verfallen lassen.“

Die Arbeitslosigkeit in Frankfurt.

Id. Frankfurt, 28. Juli. Die Verhandlungen der Erwerbslosenkommmission mit dem Magistrat führten zu folgenden Beschlüssen des Magistrats:

1. Der Magistrat tritt unverzüglich in eine Prüfung der finanziellen Wirkungen für eine projektuelle Verfüllung von Lebensmitteln an in Fürsorge befindliche Personen ein und wird der Stadtverordneten-Versammlung darüber Vorlage machen.

2. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ist es nicht möglich, allgemein die Erwerbslosenunterstützung länger als 26 Wochen zu zahlen; für die Ausgewählten sollen jedoch sofort Notstandarbeiten bereitgestellt werden. Bis dahin werden die Unterstützungen weiter bezahlt. Ueber weitere Ausnahmen muß auf Grund von Prüfungen in den Einzelfällen entschieden werden.

sichtigen erglänzte in willensstarker Ueberwindung aller körperlichen Müdigkeit, wenn es nach der neunhündigen Arbeit im Büro abends sich an den Flügel setzte.

Bald war ihr zur Gewissheit geworden, was sie im Innersten heiß geahnt hatte: nicht die Musik war es, die des Vaters Geist verwirrt hatte: ein Erleben, das Leben selbst mußte es getan haben. Nach dieser Erkenntnis wurde ihr Spiel beschwingter, leichter und froher. Sie rang ja nicht mehr mit einem geheimen, nur vermuteten Widerstand — es galt jetzt nur noch, des Vaters hülles Hindernis in Heterkeit zu überwinden — sein Herz wieder froh zu machen.

Und es gelang. Langsam, mählich gelang es. Und über Marianne kam es wie ein unschuldiger Siegesrausch.

Sie brandete nicht mehr in Reid der Großen, Herzen nachzuschauen, wie sie ihren Platz im Büro mit aufstehen, manieren Stolz gab, wenn sie ihn unter das Schreibtischschloß schob. Auch sie ließ ihrer Abendfreude entgegen, genau wie jene! Sie liefen um die Wette in der Lindenstraße, und Marianne sah nun nicht mehr in Verlangen zu den Fenstern der einstigen Wohnung ihrer Eltern hinauf. Dabeim war auch Freude — stille, heilige Abendfreude —

Jeden Abend öffnete Marianne den Flügel und wenn sie einmal abwartend zögerte, so glaubte sie ein Räuschen Ungeheils und Wut in des Vaters Augen zu entdecken. Und sie hätte tauchen und singen mögen — Wieder drängten sich ihr auf die Lippen Lieber vom Frühling und vom Glück! Doch das wagte sie noch nicht.

Und jeden Abend verschwand die Mutter in der Küche, großend. Der erste erschlackte Bohn war erloschen — ganz allmählich verlor sie nun auch ihren festen Glauben, daß die Musik ihren Mann wieder krank machen könnte. Sie sah, und wollte es nicht eingestehen, wie die gebückte, schmal gewordene Gestalt Albin sich wieder straffte in diesen Stunden, wie er umgänglich und oft gar frohlich war. War er nicht bereits am Morgen mit ihr zum ersten Mal durch die Straßen gegangen? Jwar durch die Vorhänge, nicht über den Parkenplatz und die breiten Geschäftstraßen — aber er hatte den Gruß der alten Bekannten harmlos erwidert. . . . Kläre hatte etwas anderes erwartet, als die Verkörperung der alten, bösen Zeit auf sich zukommen sah. Aber es wurde ihr unendlich schwer, in . . . J-rtum einzusehen.

3. An den Kommissar für Volkswohlfahrt ist der Magistrat mit dem Antrag vorläufig geworden, nach der 18. Woche eine Erhöhung der Unterstützung eintreten zu lassen; ein selbständiges Vorgehen muß der Magistrat ablehnen, da er andernfalls der Reichsjustiz verlustig ginge.

4. Laut Magistratsbeschluss sind die städtischen Dienststellen angewiesen worden, auf Grund der Verordnung des Demobilisationskommissars vom 28. April 1919 die Freimachung von Dienststellen vorzunehmen, die dann von Arbeitslosen besetzt werden sollen. Ebenso werden für den Wirtschaftsbereich verabschiedete Vorschriften über die Freimachung von Stellen zu Gunsten von Arbeitslosen aller Kategorien gehandhabt werden.

Regierungsrat Kranke ist von der preussischen Staatsregierung endgültig zum Polizeipräsidenten in Wiesbaden ernannt worden.

Der Steuerabzug vom Lohn. Das unglückselige Gesetz kann immer noch nicht zur Ausführung kommen, wie es beabsichtigt war. Auch die vom neuen Reichstag ein wenig über die Knie gehobene „Neuordnung“, die inzwischen veröffentlicht wurde, verringert nicht die Schwierigkeiten der Durchführung, sondern vergrößert sie in einem Maße, daß nach neuen Nachrichten aus Berlin schon wieder besondere Ausführungsbestimmungen resp. Änderungen in Aussicht stehen. Nach der „Freiheit“ haben Besprechungen stattgefunden, an denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter teilgenommen haben, und deren Ergebnis eine „neue“ Änderung des abgeänderten famosen Gesetzes sein soll. Es soll nun angeblich nicht mehr das gekante Einkommen mit einem Abzug von 10 Prozent und mehr bedacht werden, sondern es sollen als Existenzminimum 200 Mark für Kleinrentende, 300 Mark für Verheiratete monatlich in Abrechnung kommen. Die neuen Nachrichten sind ebenso unklar, wie der ganze bisherige Verlauf des Steuerabzugsverfahrens nur ein charakteristisches Bild des Wirrwarrs darstellt, das überall in Deutschland herrscht. Jedenfalls scheint die ganze Zwangseintreibung der Steuern von den in ähnlicher Stellung befindlichen Staatsbürgern sich in ihrer Durchführung als so unmöglich herauszustellen, wie es einstige Leute von Anfang an behauptet haben. Praktisch dürften die neuen Nachrichten vorläufig wertlos sein. Bis zur Veröffentlichung weiterer Abänderungsvorschläge bleibt es bei dem bisherigen Abzug von 10 Prozent. Eine Frage wird jedoch am Ende sein: Wer erleidet den Unternehmern die Kosten der Aufwendungen, die sie für die Durchführung der Steuerentziehung machen mußten, und die sich immer wieder als auf falschen Grundlagen aufgebaut erwiesen und die immer wieder abgeändert werden mußten?

Standesamt-Nachrichten vom 27. Juli. Sterbefälle. Am 24. Juli Rentner Julius Tenzler, 75 Jahre; Privatier Heinrich Warloff, 65 Jahre; Ehefrau Sofie Heberle, geb. Wind, 88 Jahre. Am 25. Juli Kind Elise Gernerich, 3 Monate; Witwe Wilhelmine Pöhl, geb. Pöhl, 88 Jahre; Karoline Schöffer, ohne Beruf, 59 Jahre; Margareta Hoffmann, geb. Schmitt, 71 Jahre. Am 26. Juli Lehrer Karl Denfel, 60 Jahre; Kind Elisabeth Tiefenbach, 1 Monat.

Kinos: Unterhaltungen: Vergnügungen.

Tanzabend. Erfa Peterfirken gibt am 29. und 30. J. M. abends 9 Uhr, Tanzabende in der neu zu eröffnenden Bar des Parkhotels. Die Künstlerin, die eine Tanzschule in Charlottenburg gründete und die bei ihren Schülern durch ihre neue und eigenartige Methode überausende Erfolge erzielte, wird hier mit einem besonders interessanten Programm auftreten. Jeder Abend soll von dem anderen verschieden sein. Erfa Peterfirken kommt aus Baden-Baden. Die Presse äußerte sich einstimmig begeistert über ihre eigenartige, feine besetzte Kunst.

Kotel u. Restaurant „Dania“. Nachdem das Hotel und Restaurant „Dania“, Ecke Rhein- und Nikolastraße, lange Zeit geschlossen war, ist dasselbe am Samstagabend wieder eröffnet worden. Der neue Besitzer, Herr Franz Lederbogen, verspricht es in überraschend kurzer Zeit eine durchgreifende Renovation sowohl im Innern wie auch außen vornehmen zu lassen. Keller und Küche stehen auf der Höhe der Zeit; es steht dies der riesige Besuch in dem einen angenehmen Aufenthalt bietenden Lokale.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Fa. Langenschwalbach, 26. Juli. Der Kreisrat genehmigte eine Darlehnsaufnahme von 200 000 Mark zur Befriedigung der Kosten des Anbaus des Kurhauses Continental dahier als Kreisverwaltungsgebäude und zur Herrichtung dieses Gebäudes, lehnte die Errichtung des Amtes eines Hauptamtlings Kreisjugendpflegers ab und stellte den Voranschlag des Kreises für 1920 in Höhe von 806 957 Mark, in Höhe von 823 102 Mark fest. Dem Kreisamtschreiber wurde als Anerkennung für seine geleisteten Arbeiten einstimmig eine Sondervergütung von 2000 Mark bewilligt.

Die harten Gesetze, die sie in den langen, entbehrungsreichen Jahren für sich und andere aufgestellt hatte, kamen ins Wanken. Sie war nicht gewohnt, über sich nachzudenken — dieses Hin und Her in ihrem Kopfe machte sie unsicher und schen. Im Grunde war in ihr nicht viel mehr Widerstand als ein Widerwille vor einer Beschäftigung, bei der sie sich langweilte — während sie andere erfrucht. Aber der Ernst nistete sich hinter der breiten eigensinnigen Stirn des einstigen Bauernkinds.

So hörte sie nur von ferne die Musik, die sie kränkte.

Albin war es in diesen Stunden, als vorläufig kein ganzes unruhiges Leben aus seinem Gedächtnis. Als Marianne Spiel mehr derselben beschiedene, sich selbst verneigende Geist, wie er von seinem Vater ausgegangen war. Dieselbe ganz weltverlorene Andacht lag auf ihrem Gesicht, wie sie aus seines Vaters guten Augen geleuchtet hatte.

Unsere Musik ist für die Feiertage — nicht für die laute Welt, — tönten ihm die längst vergessenen Worte des Vaters nach. Er sah den großen Mann durch die Martinsgasse schreiten, sah, wie die Leute in Verehrung die Hüte vor ihm zogen — und sah sich selbst als kleinen Bubben neben dem Vater bei der Orgel lauern — ganz eingehüllt in das gewaltige Bronzen über ihm. Der Vater war ihm wie etwas Höheres erschienen als alle anderen Menschen damals — als er noch bei ihm lernte, er und Karl Matthias —

Ehe er in die Welt ging, um ein Künstler zu werden . . . ehe das Gift der Welt ihm alles durchdrungen hatte, auch seine Kunst . . .

Er war ja nicht der Starke gewesen, der neben dem Kampf mit der Welt sich sein Heiliges rein und heilig hatte erhalten können — er war dem Getümmel des Weltkampfes erlegen . . .

Und nun kam die erste Jugend noch einmal zu ihm zurück: die Kräfte jener Zeit, in der alles voller Wunder noch war, jeder Vogel, jede Blüthenkose, jedes Menschen im Wald — das traumhafte Gleichgewicht des kleinen Bubben, sein Dörchen auf jeden schönen Klang: alles lebte auf unter den Händen seiner Marianne —

War denn ein Herz wirklich so unüberwindlich hart, daß es noch aufzulaßen konnte in dieser Erinnerung zu den alten, andächtigen Jugend?

(Fortsetzung folgt.)

Jubilate!

Roman von Margarete Raabe.

(50. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Als sie nach dem letzten verhaltenen Afford sich zum Vater umwenden wollte, fand die Mutter in der Tür. Ihr Gesicht war dunkelrot und ihr Blick drohend dunkel.

Marianne sah, wie im nächsten Augenblick ihr Bohn losbrechen würde, sie kannte ihre Felle, aber wilde Heftigkeit: sie sah den Vater in seiner Ede sitzen mit geneigtem Kopf — er hatte seine Frau nicht bemerkt — sie führte auf die Mutter zu, drängte sie mit fanatischer Gewalt zurück und umschlang drouchen auf dem Flur ihren Hals:

„Gönn' es uns, Mutterle!“ flüchte sie und versuchte, der Mutter Blick zu ergötzen — „gönn' es ihm doch! Sag nichts jetzt! Gönn' es uns!“

Kläre nahm des Mädchens Arm von ihrem Hals und sah mit finsterner Stirn über Mariannes Kopf hinweg: — sie war der Störenfried, sie mißgönnte dem Albin und ihrem Kind etwas — so verstanden sie es also! Daß sie sich zu Tode ängstigte während der verhassten Musik, das ahnten die beiden ja nicht — sie hatten eine Freude miteinander — schon wieder eine neue, zu der sie nicht gehörte!

Geh' mit! Geh' mit zu ihm hinein! Schreie ihr einen Augenblick ihr Herz zu . . . dann gehörst du auch zu ihnen!

Aber dann fiel ihr zugleich wieder ein, daß es die Musik war, an der sie dann teilnehmen mußte: die ihren hohen, wagemutigen Albin vor Jahren vernichtet hatte, und die nun ein gleiches wieder tun würde, kaum, daß er gesund war — sie kehrte sich stumm ab und ging in die Küche zurück. . .

Drinnen setzte nach einem Weilschen das Klängen wieder ein. Und der lauschende Mann am Fenster blieb ganz ruhig.

Als Marianne sich aufricht, als die Dunkelheit die roten schon durcheinanderwimmelt, ließ, nach ihm umwandte, sah sie, daß eine Träne an seiner Wimper hing. Da schloß sie leise den Flügel und setzte sich neben ihn. Wie im Traum erfaßte er ihre ausgestreckte Hand und hielt sie lange fest. — Und so ging es nun Abend für Abend.

Eine nie erlassende Vogelstimmung, ein Erklärer-Ranattismus hatte das ganze Mädchen ergriffen — sein blaßes Ge-

Niedersachsen, den 12. Juli 1920.
Das Amtsgericht, Abteilung 16.

